

„Einen Euro-Islam wird es niemals geben“

☒ Die Internet-Plattform muslimrecht.org versteht sich selbst als Podium bewusst denkender Menschen, die den Islam korangetreu umsetzen und klar und deutlich dessen Unvereinbarkeit mit westlichen Kuffar-Gesellschaften aufzeigen. Man würde sich wünschen, unser Dhimmi für Inneres, Wolfgang Schäuble, würde es lesen. Er wird im Rahmen der „[Aktion gegen die Islamkonferenz](#)“ beschuldigt, diese nur zum Bekämpfen des Islam gegründet zu haben.

Der folgende Aufruf soll uns Muslime aufrütteln und uns die Augen öffnen vor den hinterhältigen Angriffen auf den Islam und dessen Werte.

In letzter Zeit vernehmen wir zunehmend Aussagen und Handlungen der Kuffar und ihrer Diener, den Islam, den uns Allah (swt) über seinen Gesandten (saw) überbracht hat, zu verfälschen und ihn in das westlich-säkulare System zu integrieren. Als Instrument zur Umsetzung dieser Ziele wurde vom deutschen Staat die so genannte „Islam-Konferenz“ einberufen, die vor kurzem zum zweiten Mal tagte.

Es wird beabsichtigt einen so genannten „deutschen Islam“ zu erschaffen. Dieser „Islam“ soll soweit uminterpretiert werden, dass er mit den hiesigen Kufr-Gesetzen in Einklang gebracht werden kann.

Homosexualität, die Ablehnung von Allah (swt) als Gesetzgeber, Säkularismus, der Abfall vom Glauben und viele andere Schlechtigkeiten sollen von den Muslimen toleriert und sogar als islamkonform angesehen werden. Der Islam soll auf einige ethische Aspekte und Glaubensrituale beschränkt werden. Sein Anspruch, das gesamte Leben eines Muslims zu lenken und zu ordnen, soll aufgegeben werden. (...)

Des Weiteren beabsichtigen sie, ihre „kapitalistisch-säkularen Errungenschaften“ unseren elementaren Grundüberzeugungen aufzudrücken. So sollen wir Muslime es endlich hinnehmen, dass unser Prophet (saw) unter dem Deckmantel der Meinungsfreiheit beleidigt werden darf, dass unsere Schwestern in den Schulen ihre islamische Kleidung ablegen und dass die Schüler gezwungen werden am gemischten Schwimmunterricht teilzunehmen. Diese und viele andere Boshaftigkeiten können sie nur erreichen, wenn sie den Islam, den uns der Prophet Muhammad (saw) überlassen hat durch einen Islam á la Schäuble und Co. ersetzen. Aus diesem Grund unterstützen sie auch die Idee eines deutschsprachigen Religionsunterrichtes an den Schulen, denn nur hier könnten sie flächendeckend ihre „säkulare“ Version des Islams unseren Kindern „einimpfen“.

Dieselben Muslime, die Ausgrenzung beklagen, betrachten Integrationsbemühungen als Kampfansage. Egal, was wir tun, es ist immer feindlich. Wie unter diesen Umständen der [Islam kompatibel](#) mit der Demokratie sein kann, das weiß nur die CDU...

(Spürnase: Dieter M.)

Ein teurer Maulkorb in Schweden



Auf [Gates of Vienna](#) fanden wir die Geschichte eines Stadtrates, der sich plötzlich in den Rädern der Justiz wiederfand, nachdem er eigentlich nur eine Frage hatte. Ohne

dass diese beantwortet wurde, erhielt er jetzt eine Geldstrafe i.H. von ca € 2000.

Unser Leser Feuervogel [hat die Geschichte](#) übersetzt ([Original hier](#)):

Dahn Pettersson ist Stadtrat in einer Vorstadt von Malmö und Mitglied einer kleinen, populistischen Partei ("extreme Rechte"). Als Stadtrat ist er vor allem als jemand bekannt, der sich um Obdachlose in seiner Gemeinde kümmert.

Im vergangenen Herbst schickte er einen Brief an die Stadtbehörden, um sie über die harten Bedingungen in denen die Obdachlosen leben zu informieren. In diesem Brief brachte er den Zuwachs von Obdachlosen – viele von ihnen sind Heroinabhängige – in Verbindung mit der Anwesenheit von Kosovo-Albanern.

Lars Johannsson, ein Kollege von Dahn Pettersson, eigentlich von der "mäßigen Rechten" schrieb an die Polizei, um Informationen zum Thema Kosovo-Albaner und Drogen zu erhalten. Die Polizei erfüllte ihm diese Bitte aber nicht, sondern wertete die ursprüngliche Anfrage von Dahn Pettersson als "rassistische Hetze". Jüngst wurde er nun dafür verurteilt, und zu einer Zahlung von 18.000 Kronen (2000 €) verpflichtet.

Die Reaktionen auf das Urteil sind sehr eigentümlich.

"Er muss mehr über die albanische Kultur lernen", sagt ein Kosovo-Albaner. Die Presse, auch die "mäßig rechte", beschuldigt ihn, wissentlich Ressentiments zu schüren – indem er die Albaner (in Malmö) mit Heroindealerei in Verbindung brachte.

Jetzt fragt man sich: "Ist das richtig oder falsch?" Nun ja, richtig ist, dass der Heroinhandel in Schweden in den Händen von Albanern ist. Das ist eine allgemein bekannte Tatsache.

"Aftonbladet" (das "Abendblatt"), das jetzt gegen den

“Ultrarechten” schreibt, hat über den Drogenhandel, der von Albanern kontrolliert wird, schon im Jahr 2000 geschrieben.

Das Heroin wird in Afghanistan produziert (ein Land, das von der NATO “kontrolliert” wird), geht dann zuerst in die Türkei (NATO-Mitglied), dann nach Albanien (ein Land, das vor wenigen Tagen Bush mit offenen Armen empfing) und darf zu guter letzt die “Ungläubigen” zerstören.

Noch ein paar Daten:

Die Statistiken sprechen für sich: 19 500 (!) Kosovo-Albaner sitzen in deutschen Gefängnissen Haftstrafen für Drogenhandel ab; 2 500 in der Schweiz; der ungarische Chef der Anti-Mafia-Behörde Djerd Hološi sagt, dass Albaner 80% des ungarischen Drogenhandels kontrollieren; in Tschechien bringen sie es immerhin noch auf 70% ... und auch an der spanischen Küste sitzt die kosovo-albanische Mafia fest im Sattel. (Partly from: Kosovo Albanian Criminal Enterprise, by M. Bozinovich February 11, 2007)

Tja, und währenddessen sind unsere Richter damit beschäftigt, diejenigen zu verurteilen, die das öffentlich zur Sprache bringen.

Linksdeutsch heißt das dann wahrscheinlich “pauschale Stigmatisierung von Migranten”.

Die ‚Junge Welt‘ und die rosa Gefahr



Es ist doch immer wieder das gleiche Spiel: wenn die Linken nicht mehr weiter wissen mit ihrem Latein (sorry ... ist wohl eher Russisch) ... dann wird diffamiert, verächtlich gemacht und die Rassismus-Karte gezückt. Die Genossen des linkspopulistischen Kampfblättchens *Junge Welt* haben endlich bemerkt, dass Schwule und Lesben sich nicht automatisch in die linke Schublade pressen lassen, sondern eher politisch inkorrekt das? sagen, was ihnen nicht passt. Und dies wiederum passt den [Schreiberlingen der Jungen Welt](#) nicht.

Das schwule [AntiGewalt Projekt in Berlin Maneo](#) hatte 24000 Teilnehmer nach deren Erfahrungen mit Gewalt gegen Schwule befragen lassen. Aus den – [uns nicht überraschenden Ergebnissen](#) – macht man bei der *Jungen Welt* in bester DDR – Polemik:

Teile der hauptstädtischen Lesben- und Schwulenszene setzen ihre rassistische Stimmungsmache gegen muslimische Migranten fort. Erst kürzlich hat das Berliner Antigewaltprojekt MANEO eine von ihm durchgeführte Studie zur »Gewalt gegen Schwule« veröffentlicht.

Als nächstes wird dann die Seriösität der Studie in Frage gestellt:

Die Seriösität der Daten darf indes bezweifelt werden. Wurden die Umfragebögen doch auf Internetportalen wie [gayromeo.com](#) gepostet, die von Schwulen ausschließlich zur Verabredung anonymer Sexdates genutzt werden.

Diese Schwulen aber auch ... schnell noch einen Fragebogen zur Gewalt ausgefüllt und dann ein Sexdate verabredet. Und anonym auf jeden Fall, das Sexdate. Abgesehen davon, dass [Gayromeo](#) keinesfalls nur Sexdates sondern alles mögliche, von

Kochrezepten über jüdische Soligruppen bis hin zu Literaturzirkeln anbietet, zeigt sich in dieser Formulierung der *Jungen Welt* doch eine grosse Enttäuschung über die ungebildeten und undankbaren Schwulen, die jetzt auf einmal gar so aus der linken Reihe tanzen.

Und weil man das Denunzieren noch von früher kennt, richtet man einen quasi Appell an den rot-dunkelroten Senat, doch wenigstens die Fördermittel zu überdenken:

Bereits in der Vergangenheit waren Erhebungen von MANEO, das vom Berliner SPD-Linkspartei-Senat trotz diverser rassistischer Ausfälle finanziell gefördert wird, von Fachleuten kritisiert worden, da diese »jeder kriminalwissenschaftlichen Sorgfalt Hohn« sprächen.

War die *Junge Welt* eigentlich jemals eine ernstzunehmende Postille? Wahrscheinlich lediglich in den letzten Tagen der DDR, als man sich mutig hinter die Demonstranten gestellt hat und aufmümpferische Artikel schrieb. Dies allerdings gab sich bald. (Anm: das 'hinter' ist mit voller Absicht)

(Spürnase: Hojojutsu)

Psssssssst ... Ihr wisst schon wer!



Es scheint, als ob der [neue britische Premierminister](#) Gordon Brown gerade George Orwells '1984'

gelesen hat. Er hat sich entschlossen, im Kabinett *Neusprech* einzuführen. Seinen Ministern hat er den Gebrauch des Wortes 'Moslem' in Zusammenhang mit Terrorismus untersagt.

Ebenfalls hat er seine Minister angewiesen, den Begriff 'War on terror' nicht mehr zu verwenden.

Unsere Frage: Mister Brown, wieviele Buddhisten, Christen, Hindus oder Atheisten haben in den letzten Jahren Flugzeuge oder Bahnhöfe in die Luft gesprengt? Oder waren dies zu 99.9 % 'Psssssssst ... Ihr wisst schon wer?'

Und wir wissen alle:
Islam ist Frieden™

(Spürnase: Sunnyboy)

Bangladesh: Angst vor dem Christentum

In [Bangladesh](#) haben Muslime in einem Dorf in der Provinz Nilphamari zehn Christen krankenhaushausreif geprügelt, sie gefesselt und einige mit dem Tode bedroht. Besonders die letzte Zeile dieses Berichtes fanden wir interessant:

'Rund 83 Prozent der 139 Millionen Einwohner sind Muslime und 16 Prozent Hindus. Christen und Buddhisten machen zusammen etwa ein Prozent aus.'

Was für eine Bedrohung geht von einer Minderheit aus, die noch nicht einmal ein Prozent ausmacht? Warum diese Angst?

(Spürnase: Jochen)

Malaysia: Strafen für Konvertierwillige



Im Grunde genommen ist man schon erstaunt, wenn Menschen, die den Islam verlassen und Christen werden wollen, nicht gleich ermordet werden. Dies allerdings ist Scharia Recht, und [momentan gilt in Malaysia](#) noch ein mehr oder weniger weltliches Recht. Eher weniger, eben weil man sich in grossen Schritten auf die vollständige Einführung der Scharia vorbereitet.

Konvertierwillige Moslems werden mit einer Maximalstrafe von fünf Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von fast 3.000 Dollar bestraft, zusätzlich gibt es sechs Schläge mit einem Rohr.

Um allerdings den islamischen Glauben so schmackhaft wie möglich zu machen, werden Nicht-Moslems mit einem Geldbetrag von 2700 Dollar gelockt, ebenso bekommen Moslems, die einen Ureinwohner heiraten und diesen zum Islam überreden, 270 Dollar monatlich, ein Auto und eine Wohnung.

Ein Schelm wer dabei denkt, dass der Islam diesen Menschen anscheinend sonst nichts zu bieten hat.

(Spürnasen: Jochen, Jeremy)

Udo Ulfkotte: Umgang mit Terrorgefahr in Europa

☒ Vor vierzehn Tagen zogen hunderte Muslime randalierend durch die Londoner Parks. Sie verbrannten im Hyde Park und im Regents Park die britische Flagge, forderten auf Transparenten die [Köpfung der britischen Königin](#) und riefen unter dem Schutz britischer Polizisten zur Gewalt auf. Der Grund: Elizabeth II. hatte angekündigt, den Islam-Kritiker Salman Rushdie zum Ritter schlagen zu wollen.

Die Medien nahmen diese Terroraufrufe begierig zur Kenntnis und veröffentlichten Bilder von den Aufzügen der Demonstrationen, die nicht nur in London, sondern überall in der islamischen Welt stattfanden. Die britischen Zeitungsartikel lasen sich so, als ob man über ein Volksfest berichten würde. Es scheint inzwischen selbstverständlich zu sein, dass Muslime randalierend zur Gewalt aufrufen dürfen. Das ist angeblich „Demonstrationsfreiheit“.

Vierzehn Tage später nun reiben sich jene Journalisten, die eben noch über Terroraufrufe wie über ein Volksfest berichtet hatten, verwundert die Augen und fragen nach den verhinderten Anschlägen von London und Glasgow, wie es denn sein könne, dass „integrierte“ und gut ausgebildete muslimische Mediziner „plötzlich“ Terroranschläge verüben. Die Kurzfristigkeit des journalistischen Denkens ist bemerkenswert. Die Unterstützung für den islamistischen Terror wird überall auf den Straßen der westlichen Welt offen propagiert – nur Medien und Politiker wollen das nicht zur Kenntnis nehmen. Im Gegenteil: Wir bestärken Muslime darin, sich radikalen Islamisten anzuschließen. Wie anders sollen Muslime in Deutschland etwa die jüngste Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) verstehen, wonach die [Strafbarkeit für Aufrufe zum Dschihad in Deutschland eingeschränkt](#) wird. Es muss doch aus ihrer Sicht ein Zeichen Allahs sein, wenn selbst höchste deutsche Richter

die Verbreitung solcher Aufrufe nicht mit der ganzen Härte des Gesetzes unterbinden.

In Deutschland tut man auf allen Ebenen derweil so, als gingen uns die Ereignisse in Großbritannien kaum etwas an. Die Medien verhalten sich nicht anders, als es britische Medien – vor den jüngsten Attentaten – getan haben. Dabei ist es kaum drei Wochen her, dass der amerikanische Nachrichtensender ABC [Filmaufnahmen veröffentlichte](#), in denen frisch ausgebildete Selbstmordattentäter zu sehen waren, deren Einsatzgebiet neben Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Kanada eben auch Deutschland sein soll.

Deutsche Sicherheitskräfte haben zahlreiche Terroranschläge von Muslimen verhindert. In anderen Fällen – etwa bei den Kofferbombern – haben wir schlicht Glück gehabt. Spricht man mit Verfassungsschützern oder Mitarbeitern des Staatsschutzes, dann lassen sie keinen Zweifel daran, dass es bislang eher Zufälle waren, die erfolgreiche Terroranschläge verhindert haben. Vor diesem Hintergrund wird sich Deutschland früher oder später in die lange Liste jener Staaten einreihen, in denen fanatische Muslime die Botschaft der „Religion des Friedens“ mit Gewalt verkündet haben. Und wohl erst dann werden Medien damit aufhören, die Gründe für den islamischen Terror nur in schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen oder vermeintlicher Unterdrückung von Muslimen zu suchen. Von Mohammed Atta bis zu den jüngsten Londoner Bombenbauern kamen alle muslimischen Terroristen [aus der Oberschicht](#). Sie zählen zur Elite der Ummah (Gemeinschaft der Muslime) – und nicht zum Proletariat. Wenn aber die Elite der Muslime den Terror unterstützt, dann sind unsere bisherigen Konzepte der Terrorabwehr zum Scheitern verurteilt. Es ist Zeit zum Aufwachen.

Nun ist es der falsche Weg, nach ständig neuen oder gar verschärften Gesetzen zu rufen. Im Falle von islamischen Selbstmordattentätern heißt das etwa: Es ist interessant zu wissen, welcher Muslim sich wann und wo mit einem neuen Blutbad näher zu Allah entrückt hat. Nur verhindern kann man

diese besonderen Verzückungen derart fanatischer Islam-Anhänger damit nicht. Da darf man nicht mit den weichen Knien schlottern – wie es deutsche Politiker gemeinhin tun – und Muslime unterwürfig um einen „Dialog“ anflehen. Was zu tun ist, das hat etwa der australische Premierminister John Howard in den letzten Monaten unter dem Beifall der Australier (mit Ausnahme der Muslime) vorgemacht: In den Fernsehansprachen würdigt er die vielen Freiheiten seines Landes. Dazu gehört die Einreise- aber eben auch die Ausreisefreiheit. Howard wiederholt das so oft, bis auch ein einfältiger Mensch erkennen müsste, was er damit meint: Wer sich nicht integrieren mag, der muss seine Koffer packen und gehen. Doch Howard wird noch erheblich deutlicher: Vom September an muss jeder Einwanderer an der australischen Landesgrenze ein Papier unterschreiben, wonach er die christlich-jüdischen Werte Australiens akzeptieren und NICHT in Frage stellen wird. Unter Muslimen hat das zu Aufruhr geführt. Aber Howard bleibt hart. Australien hat ein Problem mit radikalen jungen Muslimen, vor dem über Jahre hin die Augen verschloss. Allein in Sydney werden heute 3.000 junge Muslime als potentielle Islam-Gewalttäter in den Polizeiakten geführt.

In vielen europäischen Staaten sieht es nicht anders aus. Dabei vergessen Europäer, dass Demokratie wehrhaft sein muss. Eine Demokratie, die ihre Werte nicht verteidigt, lädt ihre Gegner dazu ein, sie zu zerstören. Warum muss man Millionen friedliebender Deutscher mit immer neuen „Sicherheitspaketen“ unter der Angst vor dem Muslim-Terror leiden lassen? Billiger, gerechter und effizienter wäre es, jenen Muslimen, die als Gefährder erkannt worden sind, in das nächste Flugzeug zu setzen und abzuschicken. Und wenn sie die deutsche Staatsbürgerschaft haben? – Wer sich als nicht würdig erweist, die deutsche Staatsbürgerschaft zu besitzen, dem muss man diese auch wieder entziehen können. Die Vereinigten Staaten haben unlängst dem Imam von Ohio die amerikanische Staatsbürgerschaft entzogen, ihn in ein Flugzeug gesetzt und zu seinen Terror-Freunden nach Palästina geschickt. Der Mann

hatte seit Anfang der neunziger Jahre die amerikanische Staatsbürgerschaft. Er hatte getrickst, getäuscht und gelogen, wann immer amerikanische Behörden vor sich hatte. Und er hatte die amerikanischen Freiheitsrechte dazu missbraucht, um die Freiheiten friedliebender Menschen zu zerstören. Warum sollen deutsche Polizisten mit hohem Personal- und Kostenaufwand Gefährder rund um die Uhr überwachen? Warum verkürzt man nicht die Rechtswege, so wie wir das bei Jugendstraftaten vor Jugendgerichten zeitnah nach einer Tat machen, weil das den größten Effekt auf einen heranwachsenden Straftäter hat? Der größte Teil der Islamisten ist aktenkundig. Und wenn diese Hetzer nichts sehnlicher wünschen, als in einer möglichst islamischen Umgebung zu leben, dann sollten wir ihnen diesen Wunsch erfüllen.

Das alles ließe uns jedoch im Ungewissen, wer denn nun über die schon bekannten Gefährder hinaus ein potentieller Terror-Unterstützer ist. Um diese Frage zu beantworten, braucht man keine Observationen und keine Geheimdienste. Es ist nichts einfacher als im Gespräch mit einem Muslim zu erkunden, auf welcher Seite er steht. Wer „Märtyreraktionen“ rechtfertigt oder auch nur den Begriff „Märtyreraktion“ oder „Shahid“ (Märtyrer) benutzt, der hat in unserem Kulturkreis nichts zu suchen. Denn das Wort „Märtyreraktionen“ ist eine verharmlosende Verniedlichung eines Selbstmordattentates. Nach allen Definitionen dieser Welt ist ein Mensch, der aus politischen Gründen andere friedfertige Menschen in die Luft sprengt, ein Terrorist. Wenn Muslime aber etwa einen Terroranschlag in einem israelischen Bus oder am Strand von Haifa als „Märtyreraktion“ verharmlosen, dann haben wir nicht friedfertige Muslime, sondern Terror-Sympathisanten vor uns. Darüber darf es keine Diskussion und vor allem auch keinen „Dialog“ geben. Terror bleibt Terror. Und wer das anders sieht, der hat hier nichts zu suchen.

Gastbeitrag von Dr. Udo Ulfkotte

Türkei: Prozess um Journalistenmord



Gestern wurde in Istanbul der Prozess um den Mord an dem türkisch-armenischen Journalisten Hrant Dink eröffnet. Angeklagt sind 18 sogenannte Ultranationalisten. Das ist das vornehme Wort für Graue Wölfe, die in Deutschland offen ihr Unwesen treiben können. Unser Bild zeigt die Zentrale der Terrorgruppe mit eigener Moschee in Köln, von wo aus auch der Terror rechtsextremer Türken an deutschen Schulen gesteuert wird. Die „gläserne Moschee“ der DITIB in Mannheim soll bereits weitgehend von den Extremisten beherrscht werden.

Euro News berichtet über den Prozess:

Die Anwältin von Dinks Familie, Fethiye Cetin kritisierte das Verfahren: Schon die Ermittlungen hätten deutlich gemacht, dass es keinen fairen Prozess geben werden, sagte sie; die türkische Justiz müsse zunächst einmal von ihren Fesseln befreit werden; das sei die wichtigste Aufgabe.

Dink war den Nationalisten verhasst, weil er die Massaker an den Armeniern am Ende des Osmanischen Reiches als Völkermord bezeichnet hatte. Im vergangenen Januar wurde er in Istanbul auf offener Straße erschossen. Da der mutmaßliche Täter noch nicht 18 Jahre alt ist, findet der Prozess unter Ausschluss

der Öffentlichkeit statt.

Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten rund eintausend Menschen für demokratische und rechtsstaatliche Verhältnisse. Nach dem Mord waren Verbindungen zwischen rechtsradikalen Banden und den Sicherheitskräften zu Tage gekommen, doch bei dem Prozess muss sich keiner der Militärs verantworten.



Münchner OB: Ihr müsst doch keine Angst haben!



Der [Präsident des deutschen Städtetages](#) hat uns dazu aufgerufen, doch unsere Befürchtungen vor 'Überfremdung' nicht in scharfe Debatten um Moscheebauten münden zu lassen. Beängstigende Wut- und Aggressionspotentiale sieht Ude bei den Gegnern des Islams.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude (SPD), warnt vor scharfen Debatten um Moscheebauten. Ude sprach am Wochenende in Berlin von „beängstigenden Potenzialen der Wut und Aggressivität, die wir jahrzehntelang verdrängt haben“. Sie seien Ausdruck von Überfremdungsängsten. Zugleich wies er die Haltung von einzelnen Moscheebau-Kritikern entschieden zurück und mahnte dabei auch die katholische Kirche. Derzeit gibt es vor allem

in Köln, München und Berlin Kontroversen um Moscheebauten.

Herr Ude, Wut- und Aggressionspotential sehen wir vorwiegend in der Zunahme der täglichen Gewalt durch Jugendliche mit Einwanderungshintergrund. Und dies wiederum hat seine Gründe in einer vollkommen gescheiterten Einwanderungspolitik, welche Ihre Partei unter anderem mitzuverantworten hat.

Dann holt Ude zum grossen Schlag aus und verlässt dabei die Ebene unserer mitteleuropäischen Diskussionskultur:

Namentlich nannte der SPD-Politiker bei einer Veranstaltung des Kulturforums der Sozialdemokratie den Schriftsteller Ralph Giordano sowie die Sozialwissenschaftlerin und Frauenrechtlerin Necla Kelek. Es sei schlicht Blödsinn, wenn Kelek Minarette als Ausdruck von Macht und nicht als religiöses Symbol bewerte. Jede deutsche Altstadt silhouette sei von Kirchen oder „gigantischen Phallussymbolen“ beherrscht, gegen die „zwei winzige Minarette“ keinen Machtanspruch bedeuteten. Mit Blick auf Giordanos Kritik an Kopftuch tragenden Musliminnen sagte Ude, was sich da an Eskalation zeige, mache ihm Angst. Es gehe bei religiöser Freiheit auch nicht darum, ob ihm die „Zöpfchen“ orthodoxer Juden gelungen vorkämen oder nicht.

Basta: Minarette sind winzig (und eigentlich niedlich), auf keinen Fall aber ein Zeichen von Macht (Anm.: was kreischt der Imam da eigentlich vom Minarett?)

Basta: jede deutsche Altstadt silhouette sei von Kirchen oder „gigantischen Phallussymbolen“ beherrscht – Kirchtürme sind also Phallussymbole – well, dann fragt sich der Verfasser doch augenblicklich, was ein ‚winziges Minarett‘ dazu im Vergleich wäre (sorry). Und dann schlittert Ude, mit seiner abwertenden Bemerkung zu den ‚Zöpfchen‘ orthodoxer Juden hart an der Grenze zum Antisemitismus vorbei.

Natürlich darf ein Vergleich mit den Verbrechen des

Christentums nicht fehlen (Hexenverbrennungen und 30-jähriger Krieg), gewürzt mit dem Hinweis dass eine Kirche mit dieser Vergangenheit Lehren aus ihrer Geschichte ziehen sollte.

Herr Ude: lesen Sie den Koran! Beschäftigen Sie sich endlich ernsthaft mit dieser Ideologie! Und bitte, verschonen Sie uns bis dahin mit Ihrem leeren Gesülze.

(Spürnase: hojojutsu)

Türkei: Nur ein Drittel für Gleichberechtigung

☒ Eine von Kölner Soziologen durchgeführte Studie [ist zu dem Ergebnis gekommen](#), dass die Türkei in ihrem gegenwärtigen Zustand nicht in die EU passt. Die Türken akzeptierten von den vier EU-Grundwerten Religionsfreiheit, Gleichberechtigung, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mehrheitlich nur die Demokratie, und auch die nur mit einem „starken Führer“.

in puncto Demokratie liegt die Akzeptanz unter der Zustimmung der EU-Bürger. Zwar bejahen 87,9 Prozent der Türken die Demokratie, aber 66,1 Prozent halten auch einen starken Staatsführer für wichtig, der sich nicht um das Parlament kümmern muss. „Die Türkei passt derzeit nicht in die EU“, sagt Frederike Wuermeling, Autorin der Studie. Die Untersuchung basiert auf einer repräsentativen Umfrage, bei der jeweils 1000 Personen in allen 27 EU-Ländern und der Türkei befragt wurden.

Problematisch sieht die Studie vor allem die Einstellung der Türken zur Gleichbehandlung von Mann und Frau. Nur ein

Drittel der Türken befürworten die Gleichberechtigung. Religionsfreiheit lehnen die Türken mehrheitlich ab. Nur 16 Prozent stimmen ihr ausdrücklich zu.

Nur 16% stimmen für Religionsfreiheit, aber pochen hier auf genau dieses Recht für sich, inclusive dem Bau von repräsentativen Riesenmoscheen. Nach islamischem Verständnis allerdings durchaus nachvollziehbar: Religionsfreiheit gilt eben nur für Muslime!

(Spürnase: Asma)